

## Editorial

Mit den Stimmen aller Ministerinnen und Minister der Sozialdemokraten, der CDU und der CSU ist das Asylpaket 2 beschlossen worden. Schon gibt es aber Widerstand gegen diese Maßnahmen. Insbesondere die Aussetzung des Familiennachzuges stößt auf Widerspruch. Es geht hier vor allem um die Frage, ob minderjährige unbegleitete Flüchtlinge ihre Eltern nachholen dürfen oder nicht. Die meisten von ihnen stellen allerdings keinen Asylantrag, sondern erwirken eine Duldung. Gleichzeitig ist die Lage im syrisch-türkischen Grenzgebiet dramatisch. Zehntausende Syrer sitzen in der Grenze zur Türkei fest. Auch unbegleitete junge Flüchtlinge, die ihre Eltern in den Kriegswirren in Syrien verloren haben, gehören hierzu. Es fehlt an Unterkünften, sauberem Wasser und Sanitäreinrichtungen. Die ehemalige syrische Wirtschaftsmetropole Aleppo, in der noch immer hunderttausende Menschen leben, liegt etwa 60 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt. Dies ist nur ein Beispiel von vielen in der desolaten Flüchtlingssituation.

Parallel zu dieser Entwicklung hat das Verteidigungsministerium verkündet, dass in den kommenden 15 Jahren 130 Milliarden Euro in die Ausrüstung der Bundeswehr investiert werden sollen. Dies bedeutet eine Steigerung der Rüstungsausgaben bis 2030 um 50 Milliarden Euro. Die Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden dem Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) 2016 und 2017 ebenfalls exakt 50 Milliarden Euro kosten. Angesichts dieser beiden Zahlen und der öffentlichen Aufregungen um das Thema Flüchtlinge stellt sich die Frage, welche Werte sowohl in der Diskussion als auch in der politischen Verantwortung jeweils geltend gemacht werden.

Um diese geht es unter anderem auch in der vorliegenden Ausgabe der »Evangelische Jugendhilfe«. Der Beitrag »Führungsverantwortung jenseits reiner Funktionseffizienz« beschreibt ethisches

Handeln und meint demnach, sinnstiftende Ziele zu realisieren und dazu die rechten Mittel zu wählen. Dieses ist jedoch zu kurz gedacht und so brauchen die Einrichtungen und Organisationen die Vereinbarkeit von verantworteter Führung und eben dem Erfüllen der Hilfen zur Erziehung. Wertschätzung ist hierbei ein zentrales Merkmal, um Veränderungen zu erwirken sowie Wachstum und Entfaltung zuzulassen. Beide Themen – sowohl die Flüchtlingssituation als auch das ethische Handeln in den Organisationen – werfen die Gerechtigkeitsfrage auf.

Seit Jahren ist die Botschaft ähnlich: Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst; nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Studien des Internationalen Währungsfonds, von Oxfam, vom statistischen Bundesamt und anderen zeigen diese Entwicklung auf. Fatal wäre es, wenn man sich hieran gewöhnen würde und die Situation als eine Art »Schicksal« akzeptiert. Der Bürgerkrieg in Syrien und das Armutsgefälle zwischen dem Süden und Norden führen dazu, dass sich Millionen Menschen auf die Suche nach einem besseren Leben machen. Es geht darum, die Flüchtlingsursachen zu bekämpfen, um damit auch etwas gegen die Armut zu tun und so für eine gerechtere Verteilung des Reichtums auf der Welt zu sorgen. Daher gilt es, nicht nur in der Flüchtlingspolitik, bei Handelsabkommen oder Investitionsprojekten das Thema »Gerechtigkeit« auf die Tagesordnung zu setzen, sondern ebenso im sozialen Handeln vor Ort. Die Arbeit in den Erziehungshilfen unterstützt diesen Gedanken, wenn es um Integration, Bildung und Zukunftssicherung für die jungen Menschen geht. □

Ihre  
*Annette Bremeyer*  
und *Björn Hagen*

